ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lammers, Konrad

**Article — Digitized Version**

# Zu viele Bundesländer?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Lammers, Konrad (1996) : Zu viele Bundesländer?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/137310

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

**Konrad Lammers**

# Zu viele Bundesländer?

Der DIHT, der Deutsche Beamtenbund und der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages haben jüngst eine Neugliederung des Bundesgebietes gefordert. Durch eine Reduzierung der Zahl der Bundesländer, insbesondere durch eine Fusion der Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie des Saarlandes mit den angrenzenden Flächenländern, könnten – so die These – erhebliche staatliche Mittel vor allem in der Verwaltung eingespart werden. Das förderale Prinzip würde dadurch nicht geschwächt, sondern, da die neu entstehende Länderstruktur effizienter sei, vielmehr gestärkt.

Die Forderung nach einer Neugliederung des Bundesgebietes ist nicht neu; seit Bestehen der Bundesrepublik wird sie in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen erhoben. Gibt es neue Argumente, die in der Debatte um eine Neugliederung zu berücksichtigen sind?

Das ökonomische Grundproblem der bestehenden Ländergrenzen besteht darin, daß in manchen Fällen vielfach miteinander verflochtene Wirtschaftsräume von administrativen Grenzen durchschnitten werden. Dies ist im Falle der Stadtstaaten besonders evident. Das Auseinanderfallen ökonomischer und administrativer Grenzen hat zur Folge, daß staatliches Handeln im weitesten Sinne sowohl in den Stadtstaaten als auch in den angrenzenden Flächenländern jeweils starke Auswirkungen auf das Nachbarland hat. Mit anderen Worten: Es gibt bedeutsame, die Grenzen eines Bundeslandes überschreitende externe Effekte. Unter diesen Bedingungen ist nicht zu erwarten, daß die einzelnen Bundesländer eine Standortpolitik betreiben, die für die Regionen optimal ist. Und eine suboptimale Standortpolitik für einzelne Regionen stellt zugleich auch einen Nachteil im Standortwettbewerb der Bundesrepublik insgesamt dar.

Diese Zusammenhänge sind nicht grundsätzlich neu; sie haben aber aus verschiedenen Gründen eine ganz andere Bedeutung als früher erlangt. Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen zwingen die Bundesrepublik, jeden Spielraum für eine Verbesserung der Standortattraktivität zu nutzen, so auch den, der sich durch eine Neugliederung ergeben könnte. Im Falle der Stadtstaaten und der angrenzenden Flächenländer sind die potentiellen Gewinne, die durch eine Fusion erreicht werden könnten, im Laufe der Zeit immer größer geworden. So sind die Verflechtungen zwischen den Stadtstaaten und ihrem Umland in den letzten Jahren stark gewachsen, z.B. durch die Abwanderung von Betrieben aus den Kernstädten in die Umlandgemeinden, wobei diese mit ihren Liefer- und Bezugsverflechtungen weitgehend auf die Stadtstaaten ausgerichtet geblieben sind und weiterhin auch deren Infrastrukturangebot nutzen. Ähnliches gilt für viele Bürger, die ihren Wohnort in die angrenzenden Flächenländer verlegt, ihren Arbeitsplatz in den Kernstädten aber beibehalten haben.

Der räumliche Strukturwandel in den Stadtregionen findet seinen Ausdruck in stark voneinander abweichenden Entwicklungen hinsichtlich Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen zwischen Kernstädten und deren Einzugsbereichen. Daß all diese Faktoren eine optimale Standortpolitik zunehmend erschweren, liegt auf der Hand, zumal die Stadtstaaten immer mehr zum Brennpunkt sozialer Problemlagen geworden sind.

Ökonomische Gründe für eine Länderneugliederung, insbesondere unter Berücksichtigung der Stadtstaaten, sind also vorhanden; sie haben an Bedeutung gewonnen, und sie werden zunehmend bedeutsamer. Berlin und Brandenburg haben das Problem erkannt und sind auf dem Wege zu einem Zusammenschluß. Ihnen ist diese Entscheidung von seiten des Bundes und der übrigen Länder dadurch erleichtert worden, daß ihnen im Finanzausgleich für weitere 15 Jahre das Stadtstaatenprivileg Berlins garantiert wurde. Wollten der Bund und die Ländergemeinschaft aus wohlverstandenem gesamtwirtschaftlichem Interesse Anreize für einen Zusammenschluß der Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit den umliegenden Flächenländern geben, so müßten sie diesen wie im Falle Berlin/Brandenburg das Stadtstaatenprivileg für eine Übergangszeit ebenfalls weiterhin gewähren.

Solche Anreize können allerdings wenig bewirken, wenn nicht alle betroffenen Länder die Fusion wollen. Auch wenn die ökonomischen Vorteile von Zusammenschlüssen auf der Hand liegen, so gibt es im politischen Raum und auch in der Bevölkerung vielfältige Widerstände gegen Neugliederungen. Hier spielt das Kalkül etablierter Institutionen, die bei Fusionen in ihrem Bestand gefährdet wären, eine entscheidende Rolle. Es ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, damit die ökonomischen Argumente für eine Neugliederung stärker ins Bewußtsein rücken.